

# IHK-Vollversammlung

29. November 2023 | München

## Protokoll



**Tagesordnung der Sitzung der Vollversammlung  
am 29. November 2023  
von 15:00 – 18:16 Uhr  
im IHK-Stammhaus sowie per Webex**

- TOP 1**    **Genehmigung der Tagesordnung**
- TOP 2**    **Bericht des Präsidenten**
- TOP 3**    **Vortrag Prof. Dr. Helmut Schönenberger,**  
Mitgründer/CEO UnternehmerTUM GmbH,  
Vizepräsident für Entrepreneurship der TUM:  
**„Startup-Ökosystem München: Leuchtturm und Problemlöser“**
- TOP 4**    **Aktuelles aus den Regionen**
- TOP 5**    **Politische Gesamtinteressenvertretung**  
5.1 IHK-Position: „Verwaltungsdigitalisierung:  
Weniger Kosten, mehr Tempo und mehr Innovationen in Wirtschaft und Verwaltung“  
5.2 Höhere Lkw-Maut: Auswirkungen  
5.3 Landtagswahl 2023: Bilanz und Vorschau
- TOP 6**    **IHK-Haushalt**  
6.1 Nachtragswirtschaftspläne 2023  
6.2 Wirtschaftspläne 2024
- TOP 7**    **Selbstverwaltung**  
Anpassungen im Gebührentarif
- TOP 8**    **Bericht der Geschäftsführung**

**Sitzung der Vollversammlung  
der IHK für München und Oberbayern  
Mittwoch, 29. November 2023; 15:00 – 18:00 Uhr  
Börsensaal, IHK-Stammhaus  
München**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Klaus Josef Lutz eröffnet die Sitzung um 15:06 Uhr. Mit 49 Mitgliedern der Vollversammlung, davon 37 in Präsenz und 12 im virtuellen Raum, ist die Mehrheit der 91 Mitglieder anwesend und die Beschlussfähigkeit satzungsgemäß gegeben.

**TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung**

Zu Beginn gedenkt Klaus Josef Lutz gemeinsam mit der Vollversammlung dem ehemaligen Vorsitzenden des Regionalausschusses Rosenheim und Vollversammlungsmitglied Klaus Bauer. Der vormalige Inhaber der gleichnamigen Spedition in Raubling verstarb im Juli.

Im Anschluss gratuliert Klaus Josef Lutz folgenden Vollversammlungsmitgliedern zu runden Geburtstagen: Johannes Hauner, Dagmar Braun, Sabine Fuchsberger-Paukert, Reinhard Schwaiger, Sabine Keitel und Ernst Andreas Haider. Zur Auszeichnung des Wirtschaftspreises für Frauen der LH München, La Monachia, gratuliert der Präsident Günes Seyfarth und Christina Ramgraber. Martin Schäfer beglückwünscht er zur Wiederwahl als Vorstandsvorsitzender des Immobilienverbands Deutschland Süd.

Manfred Gößl spricht Gratulationen für die Sieger des Deutschen Nachhaltigkeitspreises aus Oberbayern aus, darunter an Klaus Josef Lutz für die BayWa AG, Fabian Eckert für die reCup GmbH und Florian Bieberbach, Vorsitzender des IHK-Umwelt- und Energieausschusses, für die Stadtwerke München GmbH. Laura Sasse gratuliert er zur Nominierung der Sasse AG als Finalist.

Klaus Josef Lutz weist darauf hin, dass die Tagesordnung, die Sitzungsunterlagen und das Protokoll der vergangenen Sitzung auf der Ehrenamtsplattform zur Verfügung gestellt wurden. Wie gewohnt werden Beschlussvorlagentexte in der Präsentation eingeblendet und nicht verlesen sowie die Abstimmungen geheim durchgeführt.

Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen oder Änderungswünsche.

Silke Reidl erklärt das digitale Votingverfahren und stellt das Vorhandensein der erforderlichen VOTR-Pins bei allen Vollversammlungsmitgliedern sicher.

Die Tagesordnung wird danach einstimmig ohne Enthaltungen und ohne Gegenstimmen angenommen.

## TOP 2 Bericht des Präsidenten

Klaus Josef Lutz informiert die Vollversammlung über den Beschluss des Präsidiums vom 14. November 2023 über erfolgte Nachberufungen in die vier IHK-Fachausschüsse Digitalisierung, Immobilienwirtschaft, Umwelt und Energie sowie Unternehmensverantwortung.

Klaus Josef Lutz verweist auf seine absolvierten IHK-Termine seit der vergangenen Vollversammlung, die vollständig auf der Ehrenamtsplattform hochgeladen sind. Unter diesen sei der von der Stadt München in Kooperation mit der IHK und der Handwerkskammer verliehene Erasmus-Grasser-Preis besonders hervorzuheben. Er wird seit 30 Jahren an Ausbildungsbetriebe oder Ausbilder verliehen, die sich durch besonderes Engagement in der beruflichen Bildung verdient gemacht haben. Darüber hinaus werden auch die Ausbildung von Frauen in Männerberufen, von Lernbeeinträchtigten und von Menschen mit Behinderung bei der Preisvergabe berücksichtigt. Er habe ein beeindruckendes Bild engagierter junger Menschen und einen spannenden Einblick in die beherzte Arbeit rund um die berufliche Ausbildung erhalten.

Das Vertrauen in die Politik habe dagegen durch die verfassungswidrigen Umbuchungen der Kreditermächtigungen durch die Bundesregierung einen neuen Tiefstand erreicht, wie auch alle Umfragen zu den Parteien und zu persönlichen Zustimmungswerten von Regierungspolitikern bewiesen. Niemand wisse, so Lutz, wo jetzt die Milliarden herkommen sollen, die nötig seien, um den Investitionsstau in der Infrastruktur des Landes aufzulösen.

Große persönliche Sorge bereite ihm der zu erwartende Rechtsruck bei den 2024 anstehenden Wahlen auf EU-, Länder- und Kommunalebene. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts sei die IHK zwar parteipolitisch neutral, stehe aber für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Manfred Gößl ergänzt, dass die Vollversammlungsmitglieder sich in der konstituierenden Sitzung im Juni 2021 mit Unterschrift persönlich verpflichtet haben, die IHK-Arbeit auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft zu unterstützen. Sollte eine Partei nachweislich auf die Beeinträchtigung oder gar Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bzw. Wirtschaftsordnung agieren, sehe er die IHK in der Verpflichtung, dagegen öffentlich Position zu beziehen. Extremismus, egal aus welcher Richtung, schade dem Gesamtinteresse der regionalen Wirtschaft.

Auch globalpolitische Spannungen stellten weiterhin Herausforderungen dar, nicht zuletzt der Konflikt im Gaza-Streifen, so Klaus Josef Lutz weiter. Diesbezüglich habe er im Rahmen der Ausstellung „Operation Finale – Die Ergreifung und der Prozess von Adolf Eichmann“ mit der Holocaust-Überlebenden Eva Erben auch ein beeindrucktes Positivbeispiel für einen nach vorn gerichteten Blick und einen beeindruckend konstruktiven Umgang mit dunkelsten Zeiten erlebt, der Mut zur Entwicklung in Deutschland gebe.

Ein weiterer Mutmacher sei Prof. Dr. Schönenberger, der am Beispiel des von ihm maßgeblich entwickelten Startup-Ökosystems der TU München aufzeige, dass wir unser Schicksal als Unternehmer/-innen selbst in die Hand nehmen müssen.

**TOP 3 Vortrag Prof. Dr. Helmut Schönenberger,  
Mitgründer/CEO UnternehmerTUM GmbH,  
Vizepräsident für Entrepreneurship der TUM:  
„Startup-Ökosystem München: Leuchtturm und Problemlöser“**

Die TU München (TUM) war laut Helmut Schönenberger Ende der 1990er-Jahre eine gute deutsche, aber international wenig bedeutsame Universität. Ihr damaliger Präsident Wolfgang Herrmann wollte dies ändern und zeigte sich offen für seine Idee, in München Wissenschaft und Wirtschaft so professionell zusammenzubringen und zu befruchten, wie dies zum Beispiel an der Universität Stanford schon lange der Fall war. Schönenberger sah sich durch einen Auslandsaufenthalt in Stanford an, wie dort das Zusammenspiel der Universität mit dem Silicon Valley organisiert war und entwickelte daraus ein Konzept, wie das „Schmieden“ wissenschaftlich ausgebildeten unternehmerischen Nachwuchses auch an der TUM umsetzbar sei. Wolfgang Herrmann unterstützte ihn dabei.

Heute, 20 Jahre später, spiele die TUM in der Weltliga mit. Sie liege im Ranking des renommierten britischen Magazins „Times Higher Education“ (THE) weltweit auf Rang 30 und in der EU auf Rang 1. Das Entrepreneurship-Center der TUM in Garching würde in einem Atemzug mit dem Silicon Valley und Tel Aviv genannt. Pro Woche würde aus der TUM im Schnitt eine wachstumsstarke Firma gegründet, was einen Marktanteil von 20 Prozent in Deutschland darstelle. München habe Berlin bei den Gründungen überholt.

All dies geschehe durch gemeinsames Anpacken und Zusammenarbeit. Dabei begleite die TUM die neue Generation der Unternehmerschaft neben einem eigenen Venture-Fonds auch beratend und durch Vermitteln starker Partnerschaften. Darunter sei der gemeinsame Bau des „Urban Munich Collab“ mit der Stadt München zu erwähnen, ebenso wie die guten Verbindungen zu Land, Bund und EU. Dieter Schwarz (Schwarz-Gruppe) habe in Form einer einmaligen Spende 40 Lehrstühle für die TUM gestiftet.

Auch die Kommunikation positiver Nachrichten spiele eine tragende Rolle. Unterstützer seien Medien, Stiftungen, der ScaleUp-Roundtable mit Staatskanzleiminister Florian Herrmann, aber auch die IHK als Multiplikator.

In Sachen Patentanmeldungen gebe es Nachholbedarf. An über 400 Hochschulen in Deutschland würden im Jahr nur rund 250 Patente für wissenschaftliches geistiges Eigentum angemeldet.

Sabine Fuchsberger-Paukert fragt, in welchem Umfang von der TUM gewonnene Studierende aus anderen Ländern nach der Ausbildung wieder zurück in ihr Land gingen oder an die hiesige Wirtschaft gebunden werden könnten. Helmut Schönenberger antwortet, dass der Anteil der internationalen Studierenden an der TUM rund 44 Prozent betrage. Rund 75 Prozent der Absolventen blieben in Deutschland. Die internationalen Studierenden seien auch bei den Ausgründungen stark vertreten. Die Universität diene als Magnet für solche Talente.

Eduard Kastner erkundigt sich nach vergleichbaren Aktivitäten der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). Helmut Schönenberger betont, dass die LMU nach der TUM und der TU Berlin auf dem dritten Platz in Deutschland bei Startup-Ausgründungen platziert sei und beide Münchner Universitäten die gemeinsame Startup-Kaderschmiede „Center for Digital Technology and Management“ (CDTM) betreiben. Die TUM würde sich von der LMU-Leitung einen noch unternehmerischeren Weg wünschen. Die LMU sei für die TUM nicht Konkurrent, sondern Wegbegleiter.

Klaus Josef Lutz hebt aus eigener Erfahrung die Rolle von Wolfgang Herrmann als Erwecker des Entrepreneurgeistes an der TUM hervor und dankt Helmut Schönenberger für seine ausgezeichneten Leistungen und den ermutigenden Vortrag.

#### **TOP 4 Aktuelles aus den Regionen**

Ingrid Obermeier-Osl berichtet vom IHK-Wirtschaftsempfang am 26. Oktober 2023 in Waldkraiburg in Zusammenarbeit mit der HWK und den Landkreisen Altötting und Mühldorf. Ifo-Präsident Clemens Fuest hielt die Festrede „Deutsche Wirtschaft zwischen Rezession und Deindustrialisierung: Was kann Wirtschaftspolitik tun?“. Mit 570 Gästen sei dies der größte Wirtschaftsempfang in Oberbayern gewesen.

Am 11. November 2023 rollte der „IHK-Bildungsexpress“ zum 10. Mal von Mühldorf nach Salzburg und zurück. Die Jubiläumsfahrt wurde unter anderem von Manfred Gößl begleitet. Insgesamt waren mehr als 200 Schüler in Begleitung ihrer Eltern an Bord. 34 Ausbildungsbetriebe der Region haben sich mit über 90 Ausbildungsberufen vorgestellt, so Ingrid Obermeier-Osl. Am 13. November erschien dazu im Bayern-Teil der Süddeutschen Zeitung ein ausführlicher Bericht.

Christian Krömer berichtet über das IHK-Forum der Region 10, das mit über 100 Teilnehmern am 11. Oktober 2023 in Neuburg a.d. Donau stattfand und sich um das Thema „Künstliche Intelligenz“ mit Bezug auf ihren konkreten Nutzen im Alltag drehte. Im Mittelpunkt stand die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Das wissenschaftliche Know-how lieferte die TH Ingolstadt.

Franz Schabmüller schaut auf die IHK-Ausbildungsmesse Jobfit vom 21. Oktober 2023 in der Ingolstädter Saturn Arena zurück. Es handele sich um die wichtigste Ausbildungsmesse für die Region 10. 130 regionale Aussteller stellten über 100 Ausbildungsberufe und duale Studiengänge vor. Mehr als 2.100 Besuchern kamen. Der Samstag als Veranstaltungstag habe sich bewährt, um eine hohe Teilnehmerqualität in Form von Schülern in Begleitung eines Elternteils zu erzielen.

Elke Christian vermeldet den Erfolg des Aktionstages „Ein Tag Azubi“ am 22. November 2023 mit starker Unterstützung aller Regionalausschüsse. Dieser fand erstmals nach einem vorjährigen Pilotprojekt in München nun in ganz Oberbayern statt. 723 Schüler nutzten ihren unterrichtsfreien Tag für Einblicke in Unternehmen.

Anschließend dankt Elke Christian Peter Lingg, dem Regionalausschuss-Vorsitzenden im Landkreis Garmisch-Partenkirchen, der mit dem Eintritt in den Ruhestand am Jahresende 2023 auch aus dem IHK-Ehrenamt ausscheidet. Er habe sich vielfach und beherzt für Themen der Region eingesetzt, insbesondere rund um das Kongresshaus und den G7-Gipfel.

**TOP 5 Politische Gesamtinteressenvertretung**

**TOP 5.1 IHK-Position: Verwaltungsdigitalisierung: Weniger Kosten, mehr Tempo und mehr Innovationen in Wirtschaft und Verwaltung**

Armin Barbalata führt in das Thema ein und verweist auf die Ausführungen in den Unterlagen, die in der Ehrenamtsplattform zur Verfügung gestellt wurden. Das Positionspapier „Verwaltungsdigitalisierung: Weniger Kosten, mehr Tempo und mehr Innovationen in Wirtschaft und Verwaltung“ fordert ein gemeinsames Zielbild von Bund, Ländern und Kommunen im Hinblick auf eine durchgängige, sichere und nutzerfreundliche Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, klare und verschlankte Governance-Strukturen, optimierte und vollständig digitalisierte Prozesse und die Zielsetzung einer stärkeren Nutzerorientierung sowie die Registermodernisierung und das Once-Only-Prinzip.

**Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 49 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen: Dem IHK-Positionspapier „Verwaltungsdigitalisierung: Weniger Kosten, mehr Tempo und mehr Innovationen in Wirtschaft und Verwaltung“ wird zugestimmt.**

**TOP 5.2 Höhere Lkw-Maut: Auswirkungen**

Katrin Eissler berichtet, dass ab 1. Dezember 2023 die Lkw-Maut für Dieseltrucks erheblich steigen werde. Der Umstellungszeitpunkt 1. Dezember sei aufgrund der Transportsteigerung vor Weihnachten denkbar ungünstig gewählt. Der CO<sub>2</sub>-Aufschlag betrage 200 Euro pro Tonne, womit sich die Maut im Schnitt verdoppeln werde. Es werden über 7 Milliarden Euro pro Jahr an Mehrkosten bei den Frächtern bzw. Mehreinnahmen im Staatshaushalt erwartet. Politische Motivation sei die Anregung zum Umstieg auf klimaneutrale Lkws mit Batterie- oder Wasserstoffantrieb. Die praktischen Aspekte wie Anschaffungskosten, Reichweite und Ladeinfrastruktur stellten jedoch gewaltige Hindernisse dar. Ab Mitte 2024 würde die Mautpflicht zusätzlich bei größeren Lieferwagen zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen anfallen, die bisher von Zahlungen ausgenommen waren und bei der die Frächter dann als Steuereintreiber erhielten. Die Weitergabe der Kosten an die Kunden sei absehbar und unvermeidlich, eine Wertschätzung der Logistikbranche sei nicht zu erkennen.

Manfred Gößl bekräftigt, dass für die Speditionsbetriebe mautbedingte Preiserhöhungen im zweistelligen Bereich spätestens im Jahr 2024 unausweichlich würden. Über kurz oder lang

würden die Preiserhöhungen beim Endverbraucher landen. Die Verantwortung dafür liege beim Bundesgesetzgeber, nicht bei den Speditionen. Eine Lenkungswirkung könne die verdoppelte Maut kurzfristig sowieso nicht erzielen: Von den derzeit rund 800.000 Lkws, die täglich in Deutschland unterwegs wären, seien laut Bundesverband Spedition und Logistik gerade einmal 475 batterie- oder wasserstoffbetrieben. Es gebe weder eine ausreichende Produktion solcher Lkws, die in der Anschaffung bis zu 200.000 Euro teurer wären als vergleichbare Diesel-Lkws, noch über Jahre hinweg die erforderliche Ladeinfrastruktur.

Klaus Josef Lutz bestätigt die Aussagen von Katrin Eissler und Manfred Gößl. Ein von ihm konsultierter Experte sehe auf absehbare Zeit keine betriebswirtschaftliche Rentabilität von Lkws mit Batterie- oder Wasserstoffantrieb.

### **TOP 5.3 Landtagswahl 2023: Bilanz und Vorschau**

Elke Christian berichtet zur umfassenden Arbeit der IHK München im Zusammenhang mit der bayerischen Landtagswahl. Bausteine für den Erfolg seien die von den Vollversammlungen der neun bayerischen IHKs beschlossenen Mantelpapiere, mehr als 100 politische Gespräche mit landespolitisch relevanten Akteuren sowie die breit gestreute Öffentlichkeitsarbeit. Dies sei auch der regen Beteiligung von Ehrenamtlichen zu verdanken, die – wie zum Beispiel Ingrid Obermeier-Osl, Franz Schabmüller oder Michael Steinbauer – Statements zur Verfügung gestellt hatten.

Bereits zwei Stunden nach Veröffentlichung des Koalitionsvertrags wurde eine Bewertung der IHK München an das Präsidium und anschließend an die Vollversammlung versendet und danach auf der Website veröffentlicht. Die Bewertung der Leistung der Staatsregierung werde die IHK allerdings nicht anhand der Worte des Koalitionsvertrages, sondern an der konkreten Umsetzung vornehmen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Die Europawahl am 9. Juni 2024 sei durch das hohe Maß an wirtschaftspolitisch relevanter Gesetzgebung in Brüssel wesentlich für die regionale Wirtschaft und damit für die IHK. Es werde ein kritischer Wahlkampf erwartet, in dem die Bedeutung von Wirtschaft und eines einheitlichen Binnenmarktes immer wieder hervorgehoben werden müsse. Elke Christian stellt die geplanten Aktivitäten der IHK vor, bei der Kommunikationsmaßnahmen und die Forderung von Bürokratieabbau im Vordergrund stünden. Bereits jetzt werde das Ehrenamt um Unterstützung in Form des Teilens der Botschaften gebeten. Klaus Josef Lutz unterstreicht die Wichtigkeit dieser Wahl: Über 80 Prozent der wirtschaftsrelevanten Gesetze, die auf nationaler Ebene umgesetzt werden, entstünden in der EU. In Bezug auf den Koalitionsvertrag in Bayern sei bemerkenswert, dass sich die Koalition in der Präambel explizit für den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausspreche, was ja eine Selbstverständlichkeit sein sollte, aber - wie zu Beginn der Vollversammlung angesprochen – ganz offensichtlich nicht mehr so sei.



**TOP 6 IHK-Haushalt**

**TOP 6.1 Nachtragswirtschaftspläne 2023**

Renate Waßmer weist als Schatzmeisterin eingangs darauf hin, dass die Nachtragswirtschaftspläne 2023 und Wirtschaftspläne 2024 bereits mit den Regionalausschussvorsitzenden ebenso wie mit dem Haushaltsbeirat erörtert wurden. Sie erinnert an das Kostendeckungsprinzip der Schwarzen Null.

Im gesonderten Nachtragswirtschaftsplan 2023 für die Corona-Wirtschaftshilfen haben sich höhere Aufwendungen ergeben als erwartet – bedingt durch Gerichtskosten und Dienstleisterkosten, geschmälert durch geringere Personalkosten infolge späterer Besetzungen. Da die Wirtschaftshilfen jedoch wie immer in einem separaten Haushalt erfasst werden, sei dies für den Haupthaushalt nicht relevant, weil alle Aufwendungen durch das Bayerische Wirtschaftsministerium erstattet werden.

Im Haupthaushalt für 2023 sind statt den geplanten 108 Mio. Euro nun 97 Mio. Euro an Aufwendungen prognostiziert, bedingt durch geringere Aufwendungen insbesondere bei Prüfungen, geringere Personalkosten infolge verzögerter Stellenbesetzungen und noch nicht umgesetzter Instandhaltungsmaßnahmen. Da die Erträge mit einem Umlagesatz von 0,100 leicht über Plan landeten und sich zudem der Ergebnisvortrag durch ein deutlich besser gelaufenes Jahr 2022 als geplant um Mio€ 11 erhöhte, kann der Umlagesatz einmalig auf 0,032 Prozent für das Geschäftsjahr 2023 gesenkt werden. Daraus ergeben sich Erträge von 73 Mio. Euro statt der geplanten 94 Mio. Euro. So werde eine Annäherung an die Schwarze Null, also ein ausgeglichenes Bilanzergebnis, erreicht.

Ferner sei im Nachtragswirtschaftsplan eine Kapitalrücklagenzuführung zur Digitaltochter der deutschen IHKs, der IHK Digital GmbH mit Sitz in Berlin, in Höhe von 305.000 Euro als Anteil der IHK München zum Zwecke einer Eigenkapitalstärkung eingestellt, weil das Eigenkapital der IHK Digital GmbH als Folge des IT-Sicherheitsvorfalls 2022 und dadurch ausgelöster Mehrkosten und Umsatzverzögerungen zur Hälfte aufgebraucht war.

**Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 49 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen für das Geschäftsjahr 2023 gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 3 und Nr. 4 IHKG i. V. m. § 4 Absatz 2 Satz 2 c der Satzung die als Anlage beigefügte Nachtragswirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2023 inklusive Nachtragswirtschaftspläne 2023 und damit**

- **den von der Vollversammlung am 29. November 2022 beschlossenen Hebesatz für die Beitragsumlagen von 0,100 Prozent für das Geschäftsjahr 2023 auf 0,032 Prozent zu reduzieren.**
- **die Ermächtigungen zur Aufnahme von Kassenkrediten in Höhe von Mio. EUR 40 unverändert beizubehalten.**
- **die Erforderlichkeit und Angemessenheit der Rücklagen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 festzustellen.**

## TOP 6.2 Wirtschaftspläne 2024

Renate Waßmer erklärt, dass die Planung für die Corona-Wirtschaftshilfen für 2024 höhere Dienstleisterkosten als noch in 2023 geplant enthalte, da Neuausschreibungen zur Aufstockung der externen Kapazitäten zur Bewältigung der Schlussabrechnung erforderlich werden. Die sonstigen Aufwendungen würden sich laut Planung etwa auf dem Niveau von 2023 bewegen, die internen Personalaufwendungen zur Aussteuerung der externen Kapazitäten leicht erhöhen. Wie schon zuvor ausgeführt, würden alle Kosten durch das Bayerische Wirtschaftsministerium erstattet. Dabei sei zu erwähnen, dass das Budget für 2024 dem Ministerium bereits vorliege, jedoch noch auf Freigabe warte.

Im Haupthaushalt würden durch die bereits erwähnten Investitionen, die in 2023 nicht mehr getätigt werden konnten, sowie nun besetzter Stellen Aufwendungen in Höhe von 108 Mio. Euro erwartet.

Bei den Beitragserträgen würden mit der zunächst geplanten Umlage von 0,100 Prozent voraussichtlich zu hohe Erträge entstehen. Zum Erreichen der Schwarzen Null reiche voraussichtlich eine Umlage für 2024 von 0,090 Prozent.

In einer Graphik zum Umlageverlauf würde deutlich, dass die IHK München stets klar unter dem bayerischen sowie auch dem bundesdeutschen Durchschnitt liege. Mit einem volatilen Umlagesatz sei sie stets dem Prinzip gefolgt, die Umlage den finanziellen Erfordernissen anzupassen und so Überschüsse an die Mitgliedsunternehmen zurückzugeben.

**Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 47 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen für das Geschäftsjahr 2024 gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 3 und Nr. 4 IHKG i. V. m. § 4 Absatz 2 Satz 2 c der Satzung die als Anlage beigefügte Wirtschafts-satzung für das Geschäftsjahr 2024 inklusive Wirtschaftspläne 2024 und damit**

- **den Hebesatz für die Beitragsumlagen von 0,032 Prozent auf 0,090 Prozent zu erhöhen.**
- **die Ermächtigungen zur Aufnahme von Kassenkrediten in Höhe von Mio. EUR 40 unverändert beizubehalten.**
- **die Erforderlichkeit und Angemessenheit der Rücklagen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 festzustellen.**

## TOP 7 Selbstverwaltung

### **Anpassungen im Gebührentarif**

Florian Horn fasst die geplanten Änderungen und Anhebungen in den Gebührentarifen zusammen, die dem Kostendeckungsprinzip unterliegen. Grundsatz sei, dass Gebührenhandlungen nicht durch die Mitgliedsbeiträge finanziert werden. Einige Gebühren würden nur formell neu gefasst und nicht der Höhe nach geändert. Die Gesamtliste aller Gebühren ist in der Ehrenamtsplattform hinterlegt. Die Änderungen im Gebührentarif treten, wenn die

Genehmigung durch die Rechtsaufsicht erteilt wird, zum 01.01.2024 in Kraft. Die Veröffentlichung erfolge im Bundesanzeiger.

**Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 43 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 2 IHKG i.V.m. § 4 Absatz 2 Satz 2 Buchstabe b) der Satzung der IHK für München und Oberbayern die Gebührentatbestände im Bereich:**

- a. Gewerberecht
- b. Sach- und Fachkunde-Prüfungen
- c. Umweltmanagementsystem EMAS
- d. Außenwirtschaft
- e. Finanzen

**des Gebührentarifes der IHK für München und Oberbayern (Anlage zur Gebührenordnung) – zuletzt geändert am 14. Dezember 2022 – , wie als Anlage 1 beigefügt, neu zu fassen.**

## **TOP 8 Bericht der Geschäftsführung**

Manfred Gößl erläutert, dass sich Deutschland nach goldenen 2010er-Jahren seit fünf Jahren preisbereinigt in einer wirtschaftlichen Stagnation befände. Zwar liege Bayern leicht über dem deutschen Schnitt der BIP-Entwicklung, sei jedoch bei Wachstum und Wohlstand pro Kopf ebenfalls von diversen Krisen und unzureichender wirtschaftspolitischer Angebotspolitik ausgebremst. Die BIHK-Konjunkturumfrage im Herbst habe gezeigt, dass die Risikogemengelage außergewöhnlich sei: Die Mehrheit der bayerischen Firmen jongliere erstmals gleichzeitig mit fünf Risiken, und zwar Arbeitskräftemangel, Arbeitskosten, Energie- und Rohstoffpreise, Inlandsnachfrage sowie wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, wobei die Unternehmen dabei vor allem die überbordende Bürokratie kritisierten.

Eine „Analyse zur Bürokratiebelastung in Deutschland“ des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung vom November 2023 Bonn zeige eine dramatisch zunehmende Verdrossenheit im Mittelstand und das Voherrschen von Wut-, Zorn- und Ohnmachtsgefühlen, wenn es um die Bürokratiebelastung in Deutschland geht. Jedes fünfte Unternehmen setze demnach bürokratische Erfordernisse bewusst nicht mehr vollumfänglich um. 40 Prozent der Firmen seien sich nicht sicher, ob sie überhaupt alle bürokratischen Erfordernisse erfüllten. Dabei stünde eine große Welle neuer Berichtspflichten und zusätzlicher regulatorischer Vorgaben vor allem aus Brüssel und Berlin erst noch bevor. Hoffen lasse hingegen, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Vorfeld der nächstjährigen Europawahl eine Reduktion von Berichtspflichten angekündigt habe, die Bundesregierung ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz auch bereits im Referentenentwurf vorgelegt habe sowie weitere Abbaumaßnahmen aus den über 400 Verbändevorschlägen dazu ergreifen wolle und schließlich der Koalitionsvertrag der Bayerischen Staatsregierung quantifizierte Streichungsziele beinhalte. Manfred Gößl kündigt ein regelmäßiges Monitoring von Bürokratieabbau-Taten in der IHK-Vollversammlung an.

Um den Standort Deutschland und die regionale Wirtschaft aus der Stagnation zu befreien, verweist Manfred Gößl auf die therapeutische Einigkeit von Qualitätsmedien und namhaften Ökonomen: Arbeitsanreize schaffen, Planungssicherheit und Genehmigungsschnelligkeit herbeiführen, private Investitionen stimulieren, staatlichen Investitionen Vorrang vor weiteren Sozialleistungen geben und vor allem auch auf den CO<sub>2</sub>-Preis als zentrales Leitinstrument der Energiewende setzen. Zu unterlassen sei dagegen eine enge sektorale Lenkung des Staates, wie sie im Konzept der „transformativen Angebotspolitik“ aus dem Bundeswirtschaftsministerium zum Ausdruck komme. Eine schwächer als nötige allgemeine Wirtschaftsentwicklung anzustreben, weil sonst das Personal für Klimaschutzprojekte knapp werden könnte, sei ein planwirtschaftlicher Irrweg mit fatalen ökonomischen und sozialen Konsequenzen.

Ebenso abzulehnen seien aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen politische Maßnahmen, die den gebotenen fairen Abstand zwischen Erwerbs- und Transfer-einkommen zu stark verringern. Mitgliedsfirmen berichten, dass es insbesondere im Bereich von Stundenlöhnen bis zu 14 Euro vermehrt zu Kündigungen bzw. Nichtannahme von Arbeitsangeboten oder Vollzeitwerbstätigkeit käme – mit Verweis auf Transfereinkommen wie Bürgergeld in Verbindung mit Wohngeld und Kinderzuschlägen. Hier sei die Bundesregierung dringend zu Korrekturmaßnahmen aufgerufen.

Positiv sei, dass auch 2023 die Zahl der Ausbildungsstarter in Bayern wieder gestiegen sei und mit mehr als 86.000 weiterhin über der Zahl der Studienanfänger mit 78.000 liegen dürfte. Ein Rückschlag kündige sich für beide Karrierewege im Jahr 2025 an, wenn es durch die Wiedereinführung des G9 an den bayerischen Gymnasien zu einem einmaligen Einbruch der Schulabsolventen um rund 30.000 bzw. einem Viertel aller Absolventen kommt. Die IHK werde sich künftig noch verstärkt in zahlreichen Projekten für die berufliche Ausbildung stark machen, so Manfred Gößl weiter. Dazu zählten auch Anerkennungsveranstaltungen für Personen mit ausländischen Abschlüssen, für Top-Bildungspartner oder für Oberbayerns beste Azubis, wie sie allesamt im Oktober 2023 von der IHK durchgeführt wurden.

Am 14. November kamen in Brüssel beim sechsten „Europäischen Parlament der Unternehmen“ in Brüssel wieder Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Europa zu Wort. Denise Schurzmann war für die IHK München dabei. Sie berichtet, dass vor dem Parlamentsbesuch eine Podiumsdiskussion mit Politikern stattfand, bei der die Unternehmensvertreter ihre Punkte klar herausstellen konnten. Bei dieser Gelegenheit verwies Denise Schurzmann auf die Bundeskonferenz der Wirtschaftsjuvenen vom 19. bis 22. September 2024 in Rosenheim. Gleichzeitig feierten sowohl die Bundeskonferenz als auch die Rosenheimer Wirtschaftsjuvenen jeweils ihr 70. Jubiläum.

Das von der IHK München entwickelte Format „Girls‘ Day – ich werde Chefin!“ werde im kommenden Jahr deutschlandweit ausgerollt, so Manfred Gößl. Chefinnen, die als Role Model am 25. April 2024 Gastgeberinnen von interessierten Schülerinnen sein möchten, mögen sich bei der IHK melden. Dies sei per Direktkontakt oder über die Website möglich.

Weiterhin werde im Rahmen der Halbzeitevaluierung noch bis Mitte Januar Feedback des Ehrenamts zur IHK-Arbeit eingeholt. Manfred Gößl ermuntert zur Teilnahme, um die Arbeit der IHK weiter zu verbessern.

Die fünf meistgeklickten Seiten der IHK-Website stammten allesamt aus dem Bereich Recht. Eine Auszeichnung hat die Karrierewebsite der IHK München erhalten. Sie belegte den 1. Platz in der Kategorie Öffentlicher Dienst im Ranking von Jobware und Süddeutscher Zeitung.

Manfred Gößl informiert über die Neufassung der Richtlinie zu Ehrungen, die das Präsidium in seiner Sitzung am 14. November beschlossen hatte. Es seien nun, ähnlich wie für ehrenamtliche Prüfer, Ehrungen in 10-Jahres-Schritten vorgesehen. Ebenso werde das Goldene Ehrenzeichen für besondere Verdienste bzw. das ehrenamtliche Lebenswerk eingeführt. Die Ehrungsveranstaltungen fänden am 29. Februar und 5. März 2024 statt.

Dr. Beate Ortlepp stellt den Schiedsgerichtshof vor, der auf Basis des neuen IHK-Gesetzes errichtet und durch die DIHK-Vollversammlung gegründet wurde. Der Schiedsgerichtshof ermögliche die kostengünstige außergerichtliche Streitbeilegung für kleine und mittlere Streitwerte. Durch die digitale Abwicklung seien Verfahren samt Entscheidung innerhalb von 12 Monaten möglich.

Anschließend wird Beate Ortlepp nach über 30 Jahren Tätigkeit in der IHK verabschiedet. Sie blickt in ihrer Rede dankbar auf ihre Zeit und die gewonnenen Erfahrungen zurück. Klaus Josef Lutz, Manfred Gößl und die anwesenden Vollversammlungsmitglieder danken Beate Ortlepp für ihr hervorragendes Wirken.

Nachfolger von Beate Ortlepp ist Dr. Alexander Jung, der bereits im Dezember in die IHK eintritt und zum 1. Januar die Leitung des Bereichs Recht und Steuern übernimmt. Zuvor war er u.a. in der Luftfahrtindustrie im Rechtsbereich verantwortlich. Er stellt sich der Vollversammlung vor und freut sich auf die neue Aufgabe und die Zusammenarbeit.

## **TOP 9 Verschiedenes**

Es gibt keine Wortmeldungen der Vollversammlungsmitglieder zu diesem TOP.

Klaus Josef Lutz weist auf die kommenden Sitzungstermine hin, die den Vollversammlungsmitgliedern zudem per E-Mail zugehen werden.

### **Sitzungen des Präsidiums 2024**

Dienstag, 6. Februar 2024, 16:00 Uhr, IHK-Stammhaus

Dienstag, 4. Juni 2024, 16:00 Uhr, IHK-Stammhaus

Dienstag, 5. November 2024, 16:00 Uhr, IHK-Stammhaus

## Sitzungen der Vollversammlung 2024

Mittwoch, 13. März 2024, 15:00 Uhr, IHK-Stammhaus

Mittwoch, 26. Juni 2024, 15:00 Uhr, IHK-Akademie Westerham

Dienstag, 26. November 2024, 15:00 Uhr, IHK-Stammhaus

Klaus Josef Lutz beendet die Sitzung um 18:16 Uhr und lädt alle Anwesenden zu einem gemeinsamen Abendessen ein.

München, den 09.01.2024

Industrie- und Handelskammer  
für München und Oberbayern

Präsident



Prof. Klaus Josef Lutz

Hauptgeschäftsführer



Dr. Manfred Gößl

### Anlagen

1. Anwesenheitsliste